

**Niederschrift über die Sitzung des  
Kreistags am 17. Oktober 2016**  
in der Festhalle in Murrhardt

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Dr. Sigel

75 Kreisrätinnen und Kreisräte: Voral (ab 15:19 Uhr), Sturm (ab 15:23 Uhr), Schaal,  
(ab 15:25 Uhr), Jenner-Wanek (bis 16:15 Uhr), Herr  
Jasper (bis 16:17 Uhr), Hofer (bis 16:37 Uhr), Sailer  
(bis 16:38 Uhr), Hesky (bis 16:40 Uhr)

Entschuldigt: Hundt, Heissenberger, Wersch (CDU)  
Berger, Riedel, Möhlmann (SPD)  
Häuser, Löffler, Heid, Müller (Freie Wähler)  
Fazio (B90/Grüne)  
Auer (FDP-FW)  
Medeck (AfD/Unabhän-  
gige)

Ferner: Erster Landesbeamter Friedrich  
Dezernent und Kreiskämmerer Geißler (Top 1+2)  
Verkehrsdezernent Dr. Zaar  
Dezernentin Hülle  
Sozialdezernentin Bittinger  
Geschäftsführer Braune, Kreisbaugruppe (Top 2)  
  
Leitende Beamte und Angestellte des Landkreises  
  
Gäste  
  
Presse

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung: 15:00 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 16:40 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung: 16:43 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 16:45 Uhr

**§ 1**

Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Jahr 2017

Drucksachen 2016-104-KT17.10., 2016-104a-KT17.10., 2015-105-KT17.10., 2016-106-KT17.10. und 2016-107-KT17.10.

**Landrat Dr. Sigel** bringt den Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans des Rems-Murr-Kreises für das Jahr 2017 ein und legt dar:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mößner, ganz herzlichen Dank für diese Begrüßung. Es war ja schon mehr eine Einstimmung und Überleitung zum Tagesordnungspunkt 1, zur Haushaltseinbringung und zur Haushaltsrede, zu der ich gleich kommen möchte. Ich kann Ihnen versichern, wir haben das Prinzip *Leben und leben lassen* im Blick gehabt und uns ging es vor allem auch darum, Spielräume zu schaffen. Wir müssen aber dafür auch Spielräume zurückerobern und dazu gehört natürlich auch das 50/50 % Prinzip, dass man mal mit Blick auf die Gemeinden diskutiert hat. Ich glaube vereinbart haben sie es nie, zumindest nicht mit mir, aber dieses auf jeden Fall fest im Blick.

Sehr geehrte Damen und Herren,

813 Seiten liegen auf dem Tisch - mein zweiter Haushalt für den Rems-Murr-Kreis. Er hat es auch in diesem Jahr wieder in sich wie im vergangenen Jahr. Im vergangenen Jahr haben wir den Haushalt ohne großes *'Feilschen'* verabschiedet. Das war - im Vergleich zu den Vorjahren - neu. Ich hatte nicht das Gefühl, dass dies an einer *'Gummimauer'* lag, wie es der 'Noch' Fellbacher Oberbürgermeister Christoph Palm beim Fellbacher Herbst humorvoll formuliert hat. Wir haben schlicht überhaupt nicht gemauert - weder mit Beton, noch mit Gummi. Aber so oder so, ich habe es als Vertrauensbeweis gewertet. Und Herr Mößner, auch als Verpflichtung dahingehend bei der Haushaltsplanung gewissenhaft, transparent und vor allem auch darauf mit Blick auf Augenmaß vorzugehen. Wie auch beim vergangenen Haushalt bleibe ich deshalb meinem politischen **Grundsatz** treu: Wir müssen **vorausschauen, um voraus zu sein**. Nicht nur der Landkreis, auch die Städte und Gemeinden stehen vor großen und vielfältigen Herausforderungen und ich denke dabei nicht nur an

und auch nicht ausschließlich an das Thema Flüchtlinge und Flüchtlingsunterbringung. Die Unterbringung der Flüchtlinge war zweifelsohne die Herausforderung des vergangenen Jahres. Es war

eine gewaltige Aufgabe, in Hochzeiten wöchentlich für bis zu 200 Flüchtlinge im Rems-Murr-Kreis ein Dach über den Kopf zu finden und bereit zu stellen. Diese gewaltige Herausforderung hat gezeigt: Probleme, die weit weg erscheinen, können innerhalb kürzester Zeit direkt vor Ort, direkt vor unserer Haustür landen. Und bei solchen Herausforderungen, bei zentralen Zukunftsfragen, kann es uns nicht darum gehen, nur zu verwalten. Wir wollen und wir müssen, das muss unser Anspruch sein, die Zukunft gestalten. Um gestalten zu können, brauchen wir aber Spielräume. Und damit meine ich nicht nur den Landkreis, sondern auch die Städte und Gemeinden. Deshalb hat eine umsichtige, wirtschaftliche und transparente Haushaltsführung für mich oberste Priorität. Wir müssen genau hinschauen, für was wir Geld ausgeben. Genau hinschauen heißt, dass wir bei der Planung die Zukunft im Blick haben. Und mit genauem Hinschauen meine ich beispielsweise, dass man beim Bau von Verwaltungsgebäuden eine Planung durchaus noch einmal stoppen und überdenken kann, wenn Fragen offen sind. Damit wir wegen Neubauten nicht in zehn Jahren an den Schulden ersticken, war mir wichtig, jetzt noch einmal genau hinzuschauen. Das haben wir getan. Wir werden Ihnen heute eine Gesamt-Immobilienkonzeption zur Beschlussfassung, einen schlüssigen Stufenplan vorschlagen. Genau hinschauen bedeutet auch, dass man sich für die zukünftige Ausrichtung der Rems-Murr-Kliniken die Zeit nimmt, die eine valide Planung benötigt. Damit das Defizit der Kliniken in zehn Jahren nur noch einen geringen Teil der Kreisumlage ausmacht, sie haben es gesagt Herr Mößner, man war ja ursprünglich damit gestartet, dass es die Kreisumlage senkt. Wir sind momentan in einem anderen Szenario. Wir müssen hart dafür arbeiten, damit wir Spielräume zurückgewinnen, müssen wir jetzt sorgfältig planen.

Planen und umsetzen müssen wir auch den Breitbandausbau, das heißt Datenautobahnen mit Glasfaser. Wir dürfen im Rems-Murr-Kreis nicht den Anschluss verpassen, sonst wird es am Ende erst recht teuer. Auch die Aufnahme der Flüchtlinge ist keine Momentaufnahme. Damit sich in den nächsten Jahren keine neuen Parallelgesellschaften entwickeln, müssen wir jetzt genau hinschauen und mit der Integrationsarbeit beginnen. Und die Politik muss aber auch dringend die Frage beantworten, wer eine dauerhafte Bleibeperspektive in Deutschland hat. Wer muss in sein Heimatland zurückkehren? Ein Einwanderungsgesetz ist überfällig, damit diese Fragen schneller beantwortet werden können. Das sind wir auch den Flüchtlingen schuldig. Aber zurück von der hohen Politik zur Kreispolitik. Lassen Sie mich jetzt den Kreishaushalt im Einzelnen erläutern:

### **Rahmenbedingungen**

Die Rahmenbedingungen der diesjährigen Haushaltsplanung sind gut, sogar sehr gut.

Wir sind vielen im Rems-Murr-Kreis in Deutschland voraus. Der Blick auf den diesjährigen Prognos Zukunftsatlas zeigt, dass wir gut aufgestellt sind. Wir haben uns von Platz 124 auf Platz 78 verbessert. Und das im bundesweiten Vergleich mit über 400 Stadt- und Landkreisen. Der Rems-Murr-Kreis hat beste Zukunftsaussichten. Darauf können wir richtig stolz sein.

Diese Platzierung spiegelt sich auch in den Zahlen wider, die die Grundlage für unseren Kreishaushalt bilden. Kurz gesagt, wir können uns über eine gute Steuerkraft in diesem Jahr aber auch in den kommenden Jahren freuen. **Aber:** Es sollte niemand zu euphorisch werden. Ich möchte hier warnen, denn so positiv der Rems-Murr-Kreis im Prognos Zukunftsatlas erscheint, ist der Blick auf die 'Landkarte der Kreishaushalte', die der Deutsche Landkreistag gezeichnet hat, denn wir sind hier im Süden, wir haben es extra nochmal mit einer Lupe fokussiert, weit und breit der einzige Haushaltskreis, der einen defizitären Haushalt hat, und ich will es sagen, es wird uns auf Jahre noch erhebliche Anstrengungen abverlangen. Deshalb sind die derzeit so guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für uns unverzichtbar. Aber Sie wissen alle, die wirtschaftliche Lage ist nicht ohne Risiken. Es gibt weltweit so viele Krisen und kriegerische Auseinandersetzungen wie seit Jahrzehnten nicht. Und auch Europa, viele Themen, bröckelt. Denken Sie nur an den Brexit oder Ungarn. Für unsere exportabhängige Wirtschaft gibt es also jede Menge Ungewissheiten. Wir haben aber ganz konkrete Risiken, die wir in unserem Kreishaushalt für das kommende Jahr berücksichtigen mussten. Es fängt bei der formalen Seite an: Es gibt bis heute keinen Haushalterlass. Wir mussten gewisse Rahmendaten schätzen und auch inhaltlich haben wir noch viele Fragen, die für uns als Verwaltung sind: Ich denke insbesondere an:

- die Fortsetzung der 'nachgelagerten Spitzabrechnung' bei den Kosten der Flüchtlingsunterbringung,
- die finanziellen Auswirkungen des reformierten Bundesteilhabegesetzes
- Und wie entwickelt sich das Thema Finanzierungsvereinbarung zwischen Bund und Land und auch zwischen Länder und Kommunen künftig aussehen wird.

Im Raum steht: Deutlich weniger Geld für uns Kommunen.

Es steckt also zwangsläufig erhebliche Unsicherheit im vorgelegten Haushaltsentwurf. Wir hätten uns mehr Planungssicherheit gewünscht. Deshalb hoffe ich, dass unser Entwurf mit Vertrauen quittiert wird. Von Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte, aber natürlich auch von den Städten und Gemeinden, die die Kreisumlage aufbringen müssen.

### **Kreisumlagehebesatz**

Trotz vieler Risiken ist mir ein Interessensausgleich zwischen Landkreis einerseits und Städten und Gemeinden andererseits wichtig. Ich möchte ein fairer Partner der Städte und Gemeinden sein. Ich habe im Blick, dass für manche Kommunen jeder Zehntel Prozentpunkt Kreisumlage eine erhebliche Belastung bedeutet. Und deshalb, lassen Sie es mich gleich vorwegnehmen. Ich schlage vor, die Kreisumlage zu senken. Im vorgelegten Haushaltentwurf ist ein Kreisumlagehebesatz von 37,9 Prozentpunkten eingeplant, d. h. 0,6 Prozentpunkte weniger als in 2016. Spielräume könnten sich ergeben, falls der Kopfbetrag bei den Schlüsselzuweisungen höher ausfällt als bisher eingeplant. Verbesserungen wären aber am besten in Schuldenabbau und das Klinikdefizit investiert. Wer sich bei 37,9 Prozentpunkten deshalb immer noch auf gut schwäbisch denkt: *‘Das hätte auch etwas mehr sein dürfen’*...den muss ich enttäuschen. *‘Viel mehr’* ist bei der Kreisumlage angesichts der genannten Risiken und Herausforderungen nicht drin, zumal wir bereits globale Minderaufwendungen für Personal- und Sachaufwand mit je 500.000 Euro eingeplant haben – in Summe 1 Mio. Euro.

### **Rems-Murr-Kliniken**

Dass wir nicht mehr Spielraum haben, hängt vor allem mit unseren Kliniken zusammen. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Kreises ist eng mit den Rems-Murr-Kliniken verwoben. Erst der wirtschaftliche Erfolg unserer Kliniken sorgt für eine Entlastung des Kreishaushaltes und eröffnet wieder Gestaltungsspielräume. Die gute Nachricht ist: Wir haben wirtschaftlichen Erfolg. Die Sanierung und Neuausrichtung kommen gut voran. Herr Dr. Nickel und Economedic können im operativen Bereich beachtliche Erfolge vorweisen. Die Kliniken in Schorndorf und Winnenden wachsen.

Das operative Ergebnis wird sich bis Ende 2016 hochgerechnet um ca. 3,2 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr verbessern. Das ist eine Verbesserung um 36 Prozent. Aber, die Schulden werden weiterhin drücken: Der prognostizierte Jahresfehlbetrag für 2016 wird immer noch bei 24,7 Mio. Euro liegen und für 2017 rechnen wir als Kreis mit 22,2 Mio. Euro, das kommt mit den 5 %-Punkten Kreisumlage hin, die wir ausgleichen müssen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kliniken geben für diese Steigerung der Leistung täglich ihr Bestes, 365 Tage im Jahr rund um die Uhr. Dafür sage ich herzlichen Dank.

Wir bieten medizinische Versorgung auf höchstem Niveau. Letzte Woche haben wir unser Onkologisches Zentrum zertifiziert. Krebskranke Menschen werden bei uns im Kreis nach neusten Methoden und Therapien behandelt. Und das Wachstum zeigt: Die Bürgerinnen und Bürger im Rems-

Murr-Kreis nehmen das medizinische Angebot unserer Kliniken an. Und dennoch habe ich Sorgen. Ich bin skeptisch, wenn ich auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen der Krankenhausfinanzierung am Ende für uns schwierig sein könnte oder uns Schwierigkeiten machen könnten. Bund und Land ziehen hier die Zügel an. Der Gesetzgeber macht klare Vorgaben, welche Leistung im Krankenhaus bezahlt wird und für welche Leistung man als Krankenträger unter Umständen 'drauf zahlt' bzw. Abschläge hinnehmen muss. Meine Sorge ist, dass wir am Ende für unsere guten Leistungen, für unser Wachstum nicht belohnt werden. Ich sehe sogar ein gewisses Risiko, dass wir abgestraft werden.

Ein Fixkostendegressionsabschlag (FKDA) der vorsieht, das Wachstum nicht in allen Fällen belohnt sondern durchaus auch bestraft wird. Details hierzu stehen allerdings noch nicht fest. Offen ist auch, ob der Landeskrankenhausausschuss im November einer Förderung von Betten zustimmt. 70 Betten, die der Kreis seinerzeit gebaut und mit Geld aus der Kreiskasse finanziert hat, die bisher noch nicht vom Land gegenfinanziert sind, die noch nicht in der Landeskrankenhaushausplanung verankert sind und die der Landeskrankenausschuss erst noch genehmigen muss. Diese Betten sind zwar voll ausgelastet. Aber wenn eben diese Zustimmung in der Landeskrankenhaushausplanung nicht kommt, hat es die Folge, dass wir auf Investitionen in Millionenhöhe ganz oder teilweise sitzen bleiben und sie aus der Kreiskasse refinanzieren können. Deshalb bin ich der Überzeugung, dass die Kliniken - trotz Verbesserungen im operativen Bereich - noch auf Jahre, wahrscheinlicher sogar auf Dauer - die finanzielle Unterstützung des Kreises brauchen. Dies wird sich unmittelbar in der Höhe der Kreisumlage niederschlagen. Die Spielräume zur Senkung der Kreisumlage sind auch zukünftig eingeschränkt. Klinikdefizite sind bis zu einer gewissen Höhe darstellbar. Kliniken sind eine gute Investition in die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Und dennoch: Dauerhaft können nur wirtschaftlich arbeitende Kliniken eine Gesundheitsversorgung bereitstellen, die wir uns als Kreis langfristig leisten können.

### **Flüchtlinge**

Kommen wir zu einem zweiten zentralen Thema, der Unterbringung von Flüchtlingen. Dies ist eigentlich nicht die zentrale Aufgabe der Kreisverwaltung – auch wenn es in den letzten Monaten den Anschein hatte. Erfreulich ist, dass wir aktuell nicht mehr mit dem Rücken zur Wand stehen, wie ich das noch im vergangenen Jahr immer wieder formuliert habe. Im Gegenteil, gemeinsam mit den Städten und Gemeinden und vor allem mit Ehrenamtlichen haben wir die Herausforderung gemeistert, vor die uns die Bundespolitik, vor die uns die Bundeskanzlerin gestellt hat. Und Dank der zupackenden Arbeit vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung des Landkreises, der

Kreisbaugruppe, der Freien Träger sowie den vielen Freiwilligen aus den Städten und Gemeinden haben wir eine echte Mammutaufgabe gemeistert und werden uns auch heute Abend noch bei den Ehrenamtlichen separat bedanken! Ganz praktisch, ganz pragmatisch, oft unter enormem Zeitdruck und doch immer lösungsorientiert.

- Wir haben es geschafft in kürzester Zeit über 5.000 Menschen ein Dach über den Kopf zu bieten.
- Wir haben es geschafft Sprachkurse zu organisieren, Gesundheitsversorgung sicherzustellen, Netzwerke aufzubauen und vor allem den Weg in den Arbeitsmarkt zu bereiten.
- Wir stehen kurz davor, dass alle Notunterkünfte wieder geräumt sind. Die Turnhallen, die über Monate nicht für den Sport zur Verfügung standen, sind weitestgehend wieder frei.
- Wir haben es geschafft, funktionierende Strukturen aufzubauen.

Ich räume gerne ein, dass nicht immer alles glatt lief. Vieles hätten wir auch ohne das ehrenamtliche Engagement nicht geschafft. Es gibt immer noch Optimierungsbedarf, aber daran arbeiten wir, täglich. Wir haben gezeigt und bewiesen, dass wir leistungsfähig sind, dass sich Bund und Land auf uns als kommunale Familie verlassen können. Ich verlasse mich jetzt auf unsere Bundes- und Landesregierung. Ich vertraue darauf, dass der Landkreis im Rahmen der nachgelagerten Spitzabrechnung die Kosten erstattet bekommt, die im Zusammenhang mit der Flüchtlingsunterbringung entstanden sind. Die Kommunen dürfen nicht im großen Stil auf den Risiken und Kosten der Flüchtlingskrise sitzen bleiben. Es ist jetzt an Bund und Land, die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen zu erhalten. Nur eine faire Umsetzung der nachgelagerten Spitzabrechnung sichert das Vertrauen in die Politik und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wir brauchen auf kommunaler Ebene Sicherheit und Verlässlichkeit, zumindest in finanzieller Hinsicht. Denn die Risiken sind nach wie vor da. Die Schließung der Balkanroute hat das Flüchtlingsproblem nicht wirklich gelöst. Es kommen zwar weniger Flüchtlinge in Deutschland an – aber dafür sitzen inzwischen 45.000 Flüchtlinge in Griechenland fest. Völlig offen ist, was in Zukunft mit den Millionen Flüchtlingen passiert, die derzeit in der Türkei untergebracht sind. Und die nächste Frage ist, vor welche Herausforderungen uns die flüchtenden Menschen stellen, die aus Afrika kommen. Die Zahl Asylsuchender aus Afrika ist den vergangenen Monaten nicht abgeflacht. Eine gewisse 'Sicherheitsreserve' an Unterkünften ist deshalb unverzichtbar, wenn auch teuer. Wir müssen vorausschauen und vorausplanen. Aber, die Unsicherheiten der Flüchtlingspolitik machen eine verlässliche Planung schwierig. Wir haben hier erhebliche Risiken in der Haushaltplanung und erheblichen Kostensteigerungen beim Personal- und Sachaufwand.

### **Sozialer Wohnungsbau**

Die Flüchtlingskrise hat den Sozialen Wohnungsbau noch mehr in den Fokus des öffentlichen Interesses gerückt. Ein Thema, bei dem wir mit unserer **KREISBAUGRUPPE** gut aufgestellt sind. Während man sich andernorts erste Gedanken über Konzepte zum 'Sozialen Wohnungsbau' macht, sind wir im Rems-Murr-Kreis längst einen Schritt weiter. Wir bauen bereits. Der Kreis ist über die **KREISBAUGRUPPE** mit über 800 bezahlbaren Mietwohnungen im Kreis präsent und wir bauen weiter. Auch hier in Murrhardt. Ich habe nach meinem Antrittsbesuch in Murrhardt vermittelt. Es laufen inzwischen sehr konkrete Gespräche zwischen Stadt und **KREISBAUGRUPPE**. Über 2.000 qm Wohnfläche, das entspricht etwa 30 neuen Wohneinheiten mit sozialverträglichen Wohnungen, sind allein hier in Murrhardt im Gespräch. Vorausschauend haben wir jüngst mit Prof. Dr. Dr. Werner Sobek ein Leuchtturmprojekt in Winnenden umgesetzt. Innovativ, ökologisch und zukunftsweisend für den sozialen Wohnungsbau. Mir war bei diesem Projekt wichtig, den Blick eben nicht nur auf die Bewältigung einer aktuellen Krise zu richten, sondern in die Zukunft. Mein Anspruch: *'Nur wer vorausschaut, kann langfristig auch voraus sein'*. Meine Damen und Herren, wir investieren, damit wir den Wohnungsbau, den Bau von bezahlbaren Mietwohnungen für ganz unterschiedliche Bevölkerungsgruppen voranbringen. Bitte denken Sie auch an dieses Engagement des Kreises, wenn wir über die Höhe der Kreisumlage diskutieren. So reizvoll ein Blick nach Böblingen, Esslingen und vor allem Ludwigsburg mit Blick auf die Höhe der Kreisumlage ist. Diese Landkreise investieren nicht in dem Maße in den Wohnungsbau, wie wir das im Rems-Murr-Kreis bereits tun und getan haben. Anschlussunterbringung ist dort kein Thema für die Kreiskasse. Die Städte und Gemeinden werden in anderen Landkreisen nicht in dem Maße unterstützt, wie dies bei uns durch die **KREISBAUGRUPPE** der Fall ist. Wohnungsbau und Flüchtlingsunterbringung sind nur zwei Beispiele, bei denen wir als Landkreis Millionen in die Hand nehmen. Die Stärkung des Infrastrukturangebots in unseren Kommunen, z. B. durch die Gesundheitszentren, ist ein weiterer wichtiger Gesellschaftszweck der **KREISBAUGRUPPE**, den wir uns einiges kosten lassen.

### **Bildung**

Meine Damen und Herren: Vorausschauen, an die Zukunft zu denken, heißt nicht nur in Stein, sondern vor allem auch in Bildung zu investieren. Mit einer Schülerzahl von 11.200 Schülerinnen und Schülern haben wir Schülerzahlen, wie zuletzt im Jahr 1983. Dieser Anstieg ist zweifelsohne auch durch die hohen Flüchtlingszahlen bedingt. Von unseren Schulleiterinnen und Schulleitern, Lehrerinnen und Lehrern wird hier Beachtliches geleistet. Das verdient unseren Respekt.



Meine Damen und Herren *'Integration aus Turnhallen heraus kann nicht funktionieren'*, das hatte ich in meiner ersten Haushaltsrede gesagt. Was aber funktionieren kann, ist *'Integration aus der Schule heraus. Integration auf Grundlage von Wissen und Können'*. Deshalb müssen wir die Schulen als Orte der Integration sehen. Dort wird der Grundstein für ein funktionierendes Miteinander in unserer Gesellschaft gelegt. Bei all diesen zusätzlichen Herausforderungen dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren, dass Bund und Land das *'Ende der Kreidezeit'* eingeläutet haben. Bundesbildungsministerin Wanka hat vor wenigen Tagen ihren *'Digital-Pakt'* für Schulen vorgestellt.

Digitalisierung ist in unseren Schulen längst ein zentrales Thema. Wir werden aber auch hier noch genau hinschauen müssen. In den kommenden zwei Jahren gilt es konkret zu beantworten, was die vollständige Digitalisierung unserer Schulen kostet. Müssen wir sanieren bevor wir digitalisieren?

**Wie** sieht ein Masterplan zur Digitalisierung der Schulen im Rems-Murr-Kreis aus? **Wie** können wir von einem milliardenschweren Bundes-Programmen profitieren?

### **Breitband und Backbone-Netz**

Das Ende der *'Kreidezeit in Schulen'* ist unzertrennlich mit dem Breitbandausbau verknüpft. Trotz Kliniken, Flüchtlingen und steigenden Sozialausgaben dürfen wir den Anschluss nicht verpassen. Ich meine das wörtlich. Datenautobahn und Schwäbischer Wald, High-Speed und Remstal dürfen kein Widerspruch sein. Es muss eine Selbstverständlichkeit und unser gemeinsames Ziel sein: Eine flächendeckende Glasfaserversorgung im Rems-Murr-Kreis. Sonst verlieren wir den Anschluss und auch unsere jungen Menschen. Der Aufbau eines Glasfasernetzes durch die öffentliche Hand macht Sinn. Landkreis und Kommunen übernehmen hier eine wichtige Funktion der Daseinsvorsorge. Kommerzielle Netzbetreiber werden nach meiner Überzeugung keine flächendeckende Versorgung mit Glasfaser sicherstellen. Sie werden nur dort investieren und Glasfasernetze ausbauen, wo es wirtschaftlich und lukrativ ist. Wir müssen deshalb die Weichen für das digitale Zeitalter im Rems-Murr-Kreis selbst stellen. Einen Fahrplan zum Breitbandausbau stellen wir im nächsten Umwelt- und Verkehrsausschuss vor.

### **Digitalisierung**

Nicht nur im Breitbandausbau, auch in der Verwaltung setzen wir auf Digitalisierung. Angesichts zwingender gesetzlicher Vorgaben ein Muss. Es steht Deutschland aber auch nicht gut zu Gesicht, dass wir in Sachen Digitalisierung in Europa noch als elektronisches Entwicklungsland gelten. Die Verwaltung in Deutschland muss sich deshalb ändern. Wir müssen digitaler werden. Dies spart Ressourcen durch effiziente Prozesse. Aus meiner Sicht können wir damit aber auch serviceorien-

tierter werden. Mein Verständnis ist, Verwaltung ist für den Bürger da. Ganz praktisch bereiten wir uns deshalb auf den Online-Verkauf von Müllmarken vor. Eine Anregung der CDU-Fraktion, die wir gerne aufgegriffen haben. Ein Wohnungsportal für Sozialen Wohnraum haben wir bereits online gestellt.

### **Sozialhaushalt**

Lassen Sie mich von der Zukunft wieder zurück auf den Boden der Tatsachen kommen. Der Sozialhaushalt ist einer der größten Brocken in unserem Haushalt. Die Sozialausgaben steigen ungebremst, ungeachtet aller Konjunktur. Die Ursachen sind vielfältig, und die Sozialgesetzgebung des Bundes spielt dabei eine gewichtige Rolle. In diesem Jahr hat sich allerdings gezeigt, was die kommunale Familie erreichen kann, wenn sie zusammenhält und kritisch Stellung bezieht. Zusammen mit fünf Landratskollegen habe ich beim Referentenentwurf zum Bundesteilhabegesetz aufgezeigt, welche Auswirkungen eine scheinbar harmlose Änderung des 'Herkunftsprinzips' hätte. Das vorgelegte Rechenbeispiel hat beim Bund Wirkung gezeigt. Am Herkunftsprinzip wird nicht gerüttelt. Wir haben dadurch Mehrausgaben in Millionenhöhe abgewendet. Angesichts der Aufwendungen für den Bereich Sozial- und Jugendhilfe ist dies aber auch dringend erforderlich. Der Nettoleistungsaufwand steigt um knapp 7 Mio. Euro, das ist eine Steigerung von 4,7 Prozent. Diese Steigerung ist zurückhaltend geplant und daher mit vielen Risiken gespickt. Risiken, die wir nicht voraussehen und nur begrenzt steuern können. Herr Geißler wird darauf noch im Detail eingehen. Sie sehen meine Damen und Herren, Steuerung kommunaler Sozialausgaben muss angesichts der Herausforderungen und Risiken mehr denn je im Fokus stehen.

### **Organisationsuntersuchung Kreisjugendamt**

Was passiert, wenn Steuerung in den Hintergrund gerät, haben die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung im Jugendamt gezeigt. Dass die Signale auf Stellenmehrbedarf stehen, musste ich schon im vergangenen Jahr prognostizieren. Dass der errechnete Stellenbedarf bei knapp 60 Stellen liegt trifft mich als 'Neuen' hart. Empfehlungen eines Gutachters, der über 120 Jugendämter (=1/5) in der ganzen Republik untersucht hat, kann ich aber nicht ignorieren. Ich sehe mich gezwungen, dieser 'Altlast' strukturell zu beseitigen. Konkret bedeutet dies: Eine neue Führungsebene, ein Stufenplan der für 2017 46,70 Stellen vorsieht. Dies ist aber mit der klaren Erwartungshaltung verbunden, dass die strukturellen Veränderungen 'wirken' müssen und das nicht nur in finanzieller Hinsicht. Die Organisationsuntersuchung im Jugendamt darf auch keine Blaupause für das ganze Haus sein. Mir ist wichtig, dass Personalzuwachs keine Einbahnstraße ist, sonst stecken wir in einer

Sackgasse. Zusätzliches Personal muss wirken. Meine klare Erwartung an die Sozialdezernentin und ihre Führungsmannschaft ist, dass wir zukünftig mit vorhandenen Ressourcen weitgehend zu Recht kommen. Wir müssen uns selbst durch effizientere Prozesse und kürzere Arbeitswege wieder Spielräume verschaffen und auch erarbeiten. Dies setzt auch voraus, dass sich Struktur und das Denken in der Verwaltung ändert. Zukunftsfähige Strukturen brauchen einen Wechsel von Perspektive und Mentalität bei den Beteiligten. Und das, meine Damen und Herren, gilt nicht nur für das Sozialdezernat.

### **Personal**

Im Bereich Personal habe ich viele strukturelle Themen übernommen, die abgearbeitet werden. Unser Personalbericht, den wir in diesem Jahr erstmals veröffentlicht haben, zeigt dies sehr deutlich auf. Ganz plastisch wird der Handlungsbedarf aber angesichts der hohen Ausgabensteigerung beim Personal. Allein um 3,5 Mio. Euro haben sich die Personalkosten erhöht, die nicht direkt gegenfinanziert sind. Hinzukommen nicht unerhebliche Kosten für Tarifsteigerungen. Das ist ein großer ‚Schluck aus der Pulle‘ und ein schwacher Trost, dass 85 % des Personalmehrbedarfs (2,98 Mio. Euro) letztlich durch Flüchtlinge, Soziales und Jugend bedingt sind. Ich muss um Ihr Verständnis und Vertrauen bitten, dass solche Stellenmehrungen nicht zum Regelfall werden. Ich habe mein Amt in der Hochphase der Flüchtlingskrise angetreten. An allen Ecken und Enden musste man sparen und musste von Tag eins an Personal zusammenkratzen. Ich habe vielfach selbst mitangepackt, um der Situation überhaupt Herr zu werden. Strukturelle Veränderungen brauchen aber Zeit und gewisse Spielräume. Ich hoffe, dass Sie mir beides einräumen. Denn ‘Politik bedeutet ein starkes, langsames Durchbohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich’, wie Max Weber es einmal formuliert hat.

Dass ich strukturelle Defizite und Haushaltskonsolidierung angehe, habe ich im Bereich BAFöG und bei der Kostenerstattung für unbegleitete Minderjährige gezeigt. Dort gab es erhebliche strukturelle Defizite. Durch Nachsteuern konnten wir allein im Bereich BAFöG in 2016 Forderungen in Höhe von ca. 4 Mio. Euro für die Kreiskasse realisieren. Weitere ca. 1,7 Mio. Euro sind im Jahr 2017 eingeplant. Die Strukturen in der Kreisverwaltung anzugehen und auf den Prüfstand zu stellen ist für mich nicht nur ein hehres Ziel. Ich habe die Ärmel bereits weit hochgekrempt. Eine neue Aufbauorganisation in der Kreisverwaltung ist seit April umgesetzt. Die neuen Dezernatzuschnitte haben sich bereits bewährt. Ein Konzept zur Verwaltungsmodernisierung wurde mit den Führungskräften erarbeitet und mit dem Personalrat abgestimmt. Und auch hier kann ich vermelden, erste Projekte sind bereits abgeschlossen. Es sind insgesamt 50 Projekte, mit denen wir die Verwaltung in den kom-

menden drei Jahren modernisieren und zukunftsfähig machen wollen. Die Palette beginnt bei Nachwuchssicherung. Ein Muss, bei einem Altersdurchschnitt in der Kreisverwaltung von über 45 Jahren und das in Zeiten des Fachkräftemangels. Mit unserer Kampagne '*Arbeitgeber mit besten Aussichten*' haben wir auf den Karrieremessen in Kehl und Ludwigsburg nicht nur viele junge Menschen auf uns aufmerksam gemacht. Wir haben vor allem auch das Lob des Staatsanzeigers geerntet. Im besonderen Fokus steht aber das Thema Führung. Gezielt wollen wir eine Qualitätsoffensive starten und uns um Stärken und Schwächen in der Führungsebene kümmern. Ein Programm, das wir übrigens auch für Führungskräfte unserer Städte und Gemeinden öffnen wollen. Ich sehe es als Gewinn, wenn man sich innerhalb der kommunalen Familie austauscht, wenn man voneinander und miteinander lernt und profitiert. Aber auch optimiertes Controlling und viele weitere Themen werden im Zuge der Verwaltungsmodernisierung angegangen. Um wieder zum Personal zurückzukommen. Ich denke, dass wir mit der neuen Stellenbesetzungsübersicht und der weiteren Bereinigung des Stellenplans eine gute Grundlage für zukünftige Diskussionen über die Personalkosten geschaffen haben.

### **Umwelt- und Klimaschutz**

Trotz Personalthemen, einer angespannten Haushaltslage und schwierigen Rahmenbedingungen, darf der Umwelt- und Klimaschutz nicht aus dem Fokus geraten. Dafür sorgen wir mit unserem Klimaschutzprogramm. Wir haben bis zum Jahr 2018 insgesamt 34 Projekte eingeplant und im Kreishaushalt veranschlagt. Die Erfolge, die wir mit unseren Projekten haben, geben uns Recht. Beispielsweise Bike & Work ist beim Verkehrsministerium jüngst auf größtes Interesse gestoßen und wird von den Unternehmen im Kreis sehr gut angenommen. Mit dem ÖPNV-Ticket für Mitarbeiter haben wir im eigenen Haus eine Steigerung von über 80 % geschafft. 100 neue ÖPNV-ler konnten in unseren Tochtergesellschaften gewonnen werden. Die Verzahnung der Geschäftsstelle Klimaschutz mit der Energieagentur wird uns im kommenden Jahr beschäftigen. Denn wir wollen, dass unsere ganze Energie dem Klima- und Umweltschutz zu Gute kommt. Energie und gute Ideen dürfen nicht in Doppelstrukturen verpuffen.

### **ÖPNV und Mobilität**

Verzahnung ist auch für Mobilität unverzichtbar. Auto, Straße, Schiene und Fahrrad sind - gut verzahnt - ein zentraler Baustein des Klima- und Umweltschutzes und sichern nachhaltige Mobilität. Dass dazu auch ein gutes Straßennetz gehört habe ich 'in der Sommerpause' mit dem Verkehrsminister ausdiskutiert. Mit dem Kreisstraßenmaßnahmenplan sind wir hier sehr zielorientiert unter-

wegs. Alle notwendigen Maßnahmen sind priorisiert und können entsprechend der geplanten Haushaltsmittel abgearbeitet werden. Politische Weichen wurden nun endlich für die B-14 gestellt. Nach langen Jahren des Wartens ist die Baufreigabe für den vierspurigen Ausbau bis Backnang-West ein wichtiges Signal. Jetzt kann die Taktzahl gerne höher gefahren werden. Ein schneller Takt bringt Schwung und ist für eine funktionierende und gut ausgebaute Mobilität wichtig. Die Taktzahl im Busverkehr wird von den Ergebnissen der europaweiten Ausschreibung abhängen, mit der wir 2016 begonnen haben. Europarecht zwingt uns dazu, bis 2019 alle Leistungen im Wettbewerb zu vergeben. Ob dies am Ende finanzielle Vorteile hat, ist heute noch nicht absehbar. Aber natürlich hoffen wir darauf, dass wir für weniger Geld mehr Leistung bekommen. Ein starker ÖPNV und dessen Ausbau sind wichtig. Auf die Ziele haben sich Land, Landkreise und der Verband Region Stuttgart im Rahmen des ÖPNV-Pakts verständigt. Wir müssen uns allerdings darauf einstellen: Signifikante Verbesserungen im ÖPNV gibt es nicht zum Nulltarif. Die Ausgaben für den ÖPNV werden mittelfristig steigen. Alleine der Viertelstundentakt der S-Bahn bedeutet über 20 Millionen Euro Mehrkosten. Weniger innovativ, dafür traditionell und ein Flaggschiff für den Rems-Murr-Kreis ist die Schwäbische Waldbahn. Sie war bereits im vergangenen Jahr Gegenstand der Haushaltsdebatte. Die Weichen für eine Förderung müssten im Umwelt- und Verkehrsausschuss noch politisch gestellt werden.

### **Schlussbemerkung**

Mit diesem Ausblick meine Damen und Herren, komme ich zum Schluss und fasse noch einmal kurz zusammen:

**Erstens**, die Rahmenbedingungen für die Haushaltsplanung sind gut.

**Zweitens**, wir haben mit Klinikdefizit, Flüchtlingskosten und steigenden Sozialausgaben aber drei große Haushaltsposten. Haushaltsposten die unsere Spielräume erheblich einschränken.

**Drittens**, wir haben mit Blick auf die Städte und Gemeinden eine Senkung der Kreisumlage vorgeschlagen.

**Und viertens**, Infrastruktur und Zukunftsthemen wie schnelles Internet per Glasfaser, ein gutes Verkehrsnetz, ein Gesamt-Immobilienkonzept, Bildung und Klimaschutz hatten wir bei der Haushaltsplanung im Blick.

**Ziel ist**, mit einer gewissenhaften Haushaltplanung vorzuschauen, um voraus zu sein. Damit wollen wir Gestaltungsspielräume für den Landkreis, aber auch die Städte und Gemeinden zurückgewinnen.

Wir wollen so die Rahmenbedingungen für einen zukunftsfähigen und lebenswerten Landkreis erhalten.

Damit gebe ich den Stab weiter an Frank Geißler.

Nicht ohne ihm und seinem Team mit Frau Kugler an der Spitze, für die geleistete Arbeit der letzten Wochen zu danken. Diesem Team haben Sie zu verdanken, dass Sie jetzt spannenden Lesestoff vor sich haben. Ich freue mich auf die Haushaltsberatungen mit Ihnen. Vielen Dank!“

**Kreiskämmerer Frank Geißler** führt anlässlich der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2016 aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,  
sehr geehrte Kreisrätinnen und Kreisräte,  
sehr geehrte Gäste und Vertreter der Presse,

drei große Themen prägen unseren Haushalt 2017:

1. da ist zunächst das weiterhin hohe Klinikdefizit,
2. ein relativ hoher Kostenanstieg im Sozial- und Jugendbereich und
3. eine Reihe von Haushaltsrisiken, z. B. die von Herrn Landrat Dr. Sigel bereits ausgeführten Asylbewerber-Kostenerstattungen und aber auch noch offenen Punkte beim Finanzausgleich.

Ich stelle Ihnen nun die wichtigsten Rahmendaten zum Haushalt 2017 vor.

Zunächst ein Überblick über die Erträge im Ergebnishaushalt in der Summe 550,6 Mio. Euro. Hier 38 % Anteil 210,6 Mio. Euro, das ist die Kreisumlage als unsere wichtigste Ertragsposition. Es folgen dann mit 169,3 Mio. Euro die Erstattungen und Zuweisungen für soziale und sonstige Zwecke und hierbei sind bemerkenswerte 41,9 Mio. Euro Forderungen an das Land enthalten zur nachgelagerten Asylkosten-Spitzabrechnung.

Bei der Berechnung der Kreisumlage ist die Steuerkraftsumme der Kommunen des Vorvorjahres d.h. des Jahres 2015 für den Haushalt 2017 maßgebend. Erfreulich ist hierbei, dass die finanzielle

Entwicklung bei den Kommunen im Rems-Murr-Kreis sogar etwas besser verläuft als im Landesdurchschnitt. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich eine Erhöhung von rund 54 Mio. Euro auf 555 Mio. Euro.

Ein Blick auf die anderen Landkreise in der Region Stuttgart zeigt:

Nur bei einem Landkreis, das ist Böblingen, ist die Entwicklung noch besser. Die Steuerkraftsumme je Einwohner des Rems-Murr-Kreises liegt nur noch 11 Euro unter dem Landesdurchschnitt. Im Jahr 2016 war dies noch ein Unterschiedsbetrag von 71 Euro. Im Vergleich zu allen 35 baden-württembergischen Landkreisen klettert der Rems-Murr-Kreis somit auf Platz 17 im Vorjahr war dies noch der Platz 25.

im Jahr 2016 beträgt die Kreisumlage bei einem Hebesatz von 38,5 %-Punkten knapp 193 Mio. Euro. Bei deutlich gestiegener Steuerkraftsumme entsteht der Effekt, dass die Kreisumlage 2017 bei gleichbleibendem Hebesatz von 38,5 % um fast 20,9 Mio. Euro auf 213,9 Mio. Euro ansteigen würde. Bei hälftiger Aufteilung des Steuerkraftzuwachses läge der Kreisumlage-Hebesatz bei 36,62 %-Punkten und beim Kreisumlage-Hebesatz von 34,7 %-Punkten hätten wir 2017 den gleichen Betrag wie 2016. Trotz hoher Haushaltsbelastungen und -risiken insbesondere im Sozial-, Jugend- und Asylbereich sowie auch beim Klinikdefizit war es unser erklärtes Ziel, bei der Kreisumlage 2017 den Hebesatz im Vergleich zum Vorjahr abzusenken, um auch, wie es heute auch schon verschiedentlich gesagt wurde, den Kommunen finanzielle Gestaltungsmöglichkeiten für deren Aufgabenerledigung zu ermöglichen.

Dieses Ziel vor Augen hatten wir bereits frühzeitig darauf hingearbeitet, dass nur die unbedingt nötigen Mittel veranschlagt werden. Dies ist uns auch in vielen, ich möchte sagen in den meisten, Bereichen gelungen. Die Organisationsuntersuchung im Jugendamt ist ein Spezialfall, auch dies ist bereits von Herrn Landrat Dr. Sigel angesprochen worden. Bei alledem ist dies jedoch auch mit **Haushaltsrisiken** verbunden. Ich nenne nur z. B. diesen teilweisen Ausgleich des Klinikdefizits, wir schieben ja immer eine gewisse Bugwelle vor uns her, das wird auch für 2017 der Fall sein, worauf ich nachher noch näher eingehen werde. Auch die Einplanung der vollständigen Erstattung im Asylbereich ist durchaus ein solches Haushaltsrisiko. Auch nicht verhehlen möchte ich, dass wir im Vorfeld der Planaufstellung hier sehr stark, insbesondere mit dem Sozialdezernat im Gespräch waren und viele Millionen, Frau Bittinger zum Leidwesen von ihnen und ihrer Mannschaft, gekürzt haben. Wohlwissend, dass es pauschale Kürzungen sind, die erstmal auch so in der Realität umgesetzt

werden müssen. Sie müssen das wissen – nicht, dass sie denken, wir haben hier alles so wie es berechnet wurde, so wie es berechnet wurde, eins zu eins übernommen. Außerdem haben wir auch im Voraus gehorsam die Globalen Minderaufwendungen im Personal- und Sachaufwendungen mit insgesamt 1 Mio. Euro prolongiert. Dies haben wir bereits 2016 so vorgesehen.

Nur in diesem Gesamtpaket war es möglich, Ihnen im vorliegenden Planentwurf diesen Kreisumlagebesatz von 37,9 %-Punkten vorzuschlagen. Vielleicht noch ein Hinweis zu den Schlüsselzuweisungen im Finanzausgleich 2017, das sind eine der großen Unsicherheiten, weil Ende 2016 die vierjährige Vereinbarung mit dem Land ausläuft; also die Ausgestaltung der Finanzbeziehungen Land und Kommunen. Somit endet auch die Übereinkunft über den kommunalen Finanzierungsbeitrag zugunsten des Landeshaushalts i.H.v. 315 Mio. Euro. Das Land hat signalisiert, dass sie zur Einhaltung der Schuldenbremse ab 2020 bereits mit dem Haushalt 2017 'strukturelle Einsparungen von rd. 800 Mio. Euro' umsetzen möchten. Von den Kommunen und vom Landespersonal soll hierbei ein Beitrag 430 Mio. Euro kommen. Für uns also ein deutliches Warnsignal, für unseren Haushalt! Denn wir haben zum Redaktionsschluss bis heute noch keinen **Haushaltserlass** vorliegen; morgen finden Fraktionsgespräche statt und dann wird es möglicherweise in noch relativ kurzer Zeit zu Signalen kommen. Wir haben dann sicherlich im Rahmen der Haushaltsberatung die Möglichkeit diese Beträge einzuspielen. Der Landkreistag hatte den Landkreisen empfohlen, bei den Schlüsselzuweisungen einen sogenannten pro Kopfbetrag von 633 Euro zu Grunde zu legen. Wir haben die Planung auf viel mehr Hoffnung gebaut, Zweckoptimismus war angesagt. Wir hoffen, dass die Vorwegentnahme des Landes nicht so hoch ausfällt, dass wir also hier einen höheren Betrag zu Grunde gelegt hatten, wir hatten 641 Euro zu Grunde gelegt. Wenn Sie das multiplizieren, kommen natürlich erhebliche Beträge raus. Dies bedeutet 8 Euro bzw. 1,3 % je Einwohner. Wir haben dann einerseits die gestiegene Steuerkraft, wir haben auf der anderen Seite die nivellierende Wirkung des Finanzausgleichs, und daraus errechnet sich ein Planansatz beim Finanzausgleich in Höhe von 49,2 Mio. EUR. Das sind im Vergleich zu 2016 dies weniger Erträge von 9,0 Mio. EUR. Falls der Kopfbetrag tatsächlich auf diese 633 Euro zurückfallen würde, hätten wir eine Deckungslücke von 2,4 Mio. Euro, also durchaus ein finanzielles Problem. Aber wir haben die Hoffnung; vielleicht fällt es auch höher aus.

Leider ist die **Grunderwerbsteuer** die einzige Steuer, die Jagdsteuer haben wir ja abgeschafft, an welcher der Kreis direkt beteiligt ist. Der Haushaltserlass fehlt noch, wir planen weiterhin mit 38,85 % Anteil am Aufkommen der Grunderwerbsteuer im Rems-Murr-Kreis. Wir hatten relativ gute Entwicklungen bei der Grunderwerbsteuer und wir haben deshalb auch optimistisch für 2017 eine



nochmalige Steigerung von 2,0 Mio. Euro gegenüber 2016 eingeplant.

Nun zu den **Aufwendungen des Ergebnishaushalts**. Erneut machen die Bruttoaufwendungen im Leistungsbereich der **Sozial- und Jugendhilfe** mit fast 48 % oder 264,8 Mio. Euro den größten Teil unserer Aufwendungen aus. Danach folgen die sonstigen Aufwendungen mit 86,3 Mio. Euro. Hierin sind auch 26,8 Mio. Euro **Zuweisungen an die Kliniken** enthalten, aber auch 22,3 Mio. Euro Anteil für die **ÖPNV-Förderung**. Der **Nettosozialaufwand**, hier mit dem Leistungs- und Verwaltungsbe- reich, steigt gegenüber dem Vorjahr um 12,9 Mio. Euro auf 194,9 Mio. Euro. Also es zeigt sich ein- fach nochmal ganz drastisch, dass der Nettosozialaufwand einen Großteil der Kreisumlage aufzehrt. Der Gesamtzuschussbedarf steigt bei der **Sozialhilfe** und bei den **besonderen Hilfen** gegenüber dem Planansatz 2016 um 4,8 Mio. Euro bzw. 4,1 % auf 120,9 Mio. Euro.

Einer der größten Ausgabenblöcke im Sozialbereich ist nach wie vor die **Eingliederungshilfe** mit netto 69,3 Mio. Euro. Durch die Nachzahlungen in Höhe von 1,7 Mio. Euro im BAföG-Bereich wer- den die Nettoaufwendungen der Eingliederungshilfe im Vergleich zum Vorjahr nicht ansteigen aller- dings ein deutlicher Hinweis an dieser Stelle, das ist ein Einmaleffekt, denn aufgrund der demogra- phischen Entwicklung rechnen wir damit, dass diese Kosten künftig weiter steigen werden, denn die jährlichen Fallzahlsteigerungen betragen im Schnitt 2,5 %.

Im **Asylbereich** werden die Fallzahlen 2017 hoffentlich weiter sinken. Das steht allerdings in den Sternen, ob dies auch so eintritt. In diesem Fall verringern sich jedoch auch die Erträge durch die Pauschalzuweisungen. Weil in der 'Hochphase' der Flüchtlingskrise zum Teil langlaufende Mietver- träge abgeschlossen werden mussten, weil sonst hat man nichts bekommen auf dem Grundstücks- markt, haben wir jetzt die Schwierigkeiten kurzfristig im gewünschten Umfang diese Kapazitäten bei den Gemeinschaftsunterkünften diesen sinkenden Fallzahlen anzupassen. Wir sind hier aber in gu- ten Gesprächen. Eine Möglichkeit ist, dass wir für diese Gemeinschaftsunterkünfte in dem einen oder anderen Fall eine alternative Nutzung finden werden, auch hier wurden sie von uns schon in- formiert.

Unter Abzug der nicht vom Land in Aussicht gestellten Erstattungen liegt, wie von mir bereits ausgeführt, die prognostizierte Forderung an das Land bei 41,9 Mio. EUR. Wenn sie dies dann multiplizieren mit der Anzahl der Landkreise, dann wissen sie wie dieses Thema im Landesetat aufschlägt. Eine Vorfinanzierung dieses Betrages durch den Kreis, heutige Sicht, wird

voraussichtlich bis 2019 erforderlich sein, zum Glück sind die Zinsen niedrig, so dass wir als Sparkässchen des Landes relativ wenig an Zinsaufwendung zu tragen haben. Überhaupt ist diese Ausgestaltung der Spitzabrechnung ab 2017 insgesamt risikobehaftet. Wir haben keinerlei detaillierten Zusagen des Landes, wir haben lediglich Aussagen im Koalitionsvertrag, Aussagen des Herrn Ministerpräsidenten, dass auch über des Jahr 2016 hinaus eine Spitzabrechnung zur Kostenerstattung fortgeführt wird; wir vertrauen auf diese Zusagen. Deshalb haben wir im **Ergebnishaushalt** für die **Nettoaufwendungen im Asylleistungs- und -verwaltungsbereich** 4,9 Mio. Euro veranschlagt. Hierbei wirken sich auch Positionen aus, die nicht vom Land über die Spitzabrechnung erstattet werden. Das sind: Steuerungsleistungen, Kalkulatorische Zinsen, Kosten für Anschlussunterbringung, Kosten für Sachbearbeitung nach dem AsylbewerberLG und auch Freiwilligkeitsleistungen wie WLAN und Mobilität, die heute auch auf der Agenda stehen.

Bei der **Kinder- und Jugendhilfe** steigt der Gesamtzuschussbedarf um 1,6 Mio. Euro bzw. 5,0 % auf 33,8 Mio. Euro. Gründe hierfür sind Entgelterhöhungen für alle ambulanten, teilstationären und vollstationären Hilfen um 4,2 %, steigende Fallzahlen bei der Kindertagespflege und auch die Übernahme von Betreuungskosten bei Tageseinrichtungen aus dem Rechtsanspruch auf einen Regelkindergarten ab dem 1. Lebensjahr.

Noch ein Hinweis zu den **Personalaufwendungen**. Der Gesamtbetrag steigt auf rund 76,3 Mio. Euro, das sind 8,8 %. Obwohl hierin auch die tariflich vereinbarten bzw. gesetzlichen Steigerungsraten für die Beschäftigten und Beamten enthalten sind und teilweise auch Erträge gegenüber stehen, ist dies doch unter dem Strich eine ganz gewaltige Steigerung. Die von Herrn Landrat Dr. Sigel bereits zitierte Organisationsuntersuchung im **Kreisjugendamt** ist ein wichtiger Baustein hierfür, hier wird einfach sehr deutlich, dass wir ganz umfangreichen Handlungsbedarf haben. Dies hat zur Folge, dass ein Großteil der neugeschaffenen Stellen auf das Kreisjugendamt entfällt. Des Weiteren haben wir auch Stellen im Bereich des Jobcenters, beim Umweltschutzamt, beim Ausländeramt sowie beim Amt für Besondere Hilfen, also für Flüchtlinge, BaföG und sonstige Sozialleistungen. Wir gehen hier in 2017 in Vorleistung in der klaren Zielsetzung, dass in 2018 kritisch geprüft wird, ob die vom Gutachter für das Kreisjugendamt prognostizierten höheren Erträge und Ersparnisse auf der Aufwandsseite auch erreicht werden konnten.

Unsere **Kliniken** bleiben weiterhin unser finanzielles Sorgenkind. Hier haben wir in der Tat das Tal der Tränen noch nicht überwunden. Positiv ist hierbei, dass die gesamte Zuweisung an den Rems-Murr-Kreis im Jahr 2017 gegenüber dem Planansatz 2016 um 4,9 Mio. Euro auf 26,8 Mio. Euro gegenüber dem Jahr reduziert wird. Enthalten sind hier auch nochmal 3,6 Mio. Euro für die Weiter-

entwicklung des Klinikstandortes Schorndorf, ich denke auch ein wichtiges Signal und es sind auch nochmal 1,6 Mio. Euro für Maßnahmen am Standort Winnenden enthalten. Der größte Teil der Zuweisung betrifft den Defizitenausgleich. Insgesamt ergibt sich bei den Kliniken für das Jahr 2017 ein prognostizierter abzudeckender Fehlbetrag in Höhe von 22,2 Mio. Euro. Dieser kann jedoch vom Gesellschafter vom Rems-Murr-Kreis voraussichtlich nur teilweise mit 19,2 Mio. Euro ausgeglichen werden. Es bleiben also, stand heute, noch 3,0 Mio. Euro übrig, die wir in Folgejahren ausgeglichen müssen und die von den Kliniken als Verlustvortrag vorgetragen werden. Geplant hatten wir, diesen Verlustvortrag in den Jahren 2018 bis 2023 abzudecken. Darauf hoffend, dass es vielleicht der Klinik gelingt in den Folgejahren doch stärker das Klinikdefizit zurückzuführen. Neben den bereits bestehenden Verpflichtungen, denn die haben wir schon, aus den Jahren 2014 bis 2016 ist dies auch nochmal eine erhebliche Vorbelastung für künftige Haushaltsjahre.

Unser **ÖPNV-Eigenanteil** ist eine weitere wichtige Kreisaufgabe. Der Nettoaufwand im **Ergebnishaushalt** steigt von 23,6 Mio. Euro auf 24,0 Mio. Euro. Im **Finanzhaushalt** bleiben die Auszahlungen bei 2,3 Mio. Euro konstant. Inzwischen wurde am 28.09.2016 der Haushaltsplanentwurf vom Verband Region Stuttgart eingebracht und hier gibt es durchaus positive Signale. Wenn die Versammlungsversammlung ihren Entwurf so beschließt, könnte es sein, dass wir hier noch 1,5 Mio. Euro an Einsparungen realisieren könnten. Wir machen es ja immer so, dass wir ein Änderungsblatt haben, dies liegt ihnen auch heute wieder auf dem auf ihrem Beratungstisch. Wir werden dann auch alle Änderungen die in den Ausschussberatungen stattfinden, in diesem Änderungsblatt natürlich entsprechend fortführen, damit sie immer den Überblick haben, wo wir stehen.

Im **Finanzhaushalt** 2017 belaufen sich unsere Investitionen auf 21,3 Mio. Euro. Das sind rund 6,7 Mio. Euro weniger als 2016. Allerdings ist es auch so, dass wir noch nicht alle Maßnahmen aus 2016 abgearbeitet haben. Einmal mehr sind die Schulen und auch Straßen die Investitionsschwerpunkte. Mit 2,5 Mio. Euro finanzieren wir direkt investive Maßnahmen für die Asylunterkünfte. Zusätzlich ermöglichen wir mit einem Darlehen in Höhe von 1,0 Mio. Euro an die Kreisbaugesellschaft die Schaffung weiterer Unterkünfte. Im **Straßenhaushalt** 2017 haben wir einen investiven Eigenanteil von 3,0 Mio. Euro eingeplant und im Ergebnishaushalt stehen für Deckenmaßnahmen 0,4 Mio. Euro zur Verfügung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

um die **Kreisumlage** im Vergleich zum Vorjahr senken zu können, mussten wir ein negatives ordentliches Ergebnis für 2017 mit minus 2,7 Mio. Euro einplanen. Ein Haushaltsausgleich nach neuem Recht wäre somit nicht möglich. Allerdings ist erneut der Haushaltsausgleich nach altem Recht gewährleistet. Die Netto-Investitionsrate beläuft sich auf 9,5 Mio. Euro. Trotz der knapp veranschlagten Investitionen und der genannten Netto-Investitionsrate müssen wir im Jahr 2017 6,7 Millionen Euro **Kredite** (einschl. innerer Darlehen) finanziert werden. Dies ergibt eine **Nettokreditaufnahme** in Höhe von 1,1 Millionen Euro, da stehen dementsprechende Tilgungen dagegen und somit eine weitere Erhöhung des geplanten Schuldenstands auf 79,2 Millionen Euro zum Jahresende 2017.

Mein Fazit zum Haushalt 2017:

1. Die **Ertragslage** gestaltet sich 2017 zunächst positiver als 2016. Dies ergibt sich jedoch insbesondere durch die hohen Forderungen mit 41,9 Mio. Euro gegenüber dem Land aufgrund der nachgelagerten Spitzabrechnung.
2. Diese Verbesserung wird jedoch von der **Aufwandsseite** aufgezehrt. Die Ursachen hierfür liegen unter anderem in den hohen Asyl- Unterkunfts-kosten und in dem noch nicht abgeschlossenen Umstrukturierungsprozess der Kliniken.
3. Unser Ziel, die **Kreisumlage** abzusenkten, erreichen konnten. Der Hebesatz sinkt um 0,6 %-Punkte auf 37,9 %.
4. Die geplante **Verschuldung** konnte auf unter 80 Mio. Euro (79,2 Mio. Euro) gehalten werden.
5. Dies alles geschieht jedoch zum Preis zu nicht geringer Anzahl von **Haushaltsrisiken**. Und gerade diesen Punkt, da darf ich sie herzlich bitten, sollten sie in ihren Fraktionen während der Haushaltsberatungen immer mitbedenken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
eine Empfehlung möchte ich Ihnen als Kreiskämmerer für Ihre Beratungen noch mitgeben: Sollten sich im weiteren Verfahren Verbesserungen am Zahlenwerk ergeben, empfehle ich, diese zur Verringerung der Verschuldung einzusetzen. Alternativ könnten sie die Verbesserungen auch zur Abdeckung des Klinikdefizits verwendet werden. Beide Maßnahmen würden mithelfen, dass wir in den

Folgejahren etwas mehr Luft haben in der Gestaltung.

Dem motivierten Kreiskämmerei-Team aber auch den vielen anderen Beteiligten am Druckwerk ganz herzlichen Dank für ihre Beiträge zu dem vorliegenden Zahlenwerk.

*‘Sparen ist die richtige Mitte zwischen Geiz und Verschwendung’.*

(Theodor Heuss, deutscher Politiker)

Ich wünsche uns allen gute und konstruktive Haushaltsberatungen, damit wir gemeinsam diese richtige Mitte für den Haushalt 2017 finden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!“

Der Kreistag nimmt den Entwurf des Haushaltsplan 2017 zur weiteren Beratung entgegen.

Auszüge:

3 Amt für Finanzen

## § 2

### Gesamtimmobilienkonzeption des Rems-Murr-Kreises am Standort Waiblingen

#### Drucksachen 2016-91-VSKA26.09. und 2016-91a-KT17.10.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksachen und erläutert diese anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Hestler erklärt, er spreche für eine Minderheit in der SPD-Fraktion und bitte um getrennte Abstimmung der Beschlussvorschläge. Er sei zwar dafür, dass die Stadt Waiblingen Planungssicherheit benötige, aber dem Beschlussvorschlag Ziffer 2 könne er derzeit nicht zustimmen. Die Berechnung von Drees und Sommer gehe nämlich davon aus, dass der Neubau bis 2025 für 130 Mio. Euro erstellt werde und sich dieser bis 2075 rechnen solle. Wenn aber bis 2025 kein Neubau erstellt werde oder die Kosten sich erhöhen würden, stimme die ganze Rechnung nicht mehr und man befinde sich im nächsten Jahrhundert. Fraglich sei dann auch, ob es noch Landkreise gebe. Rückblickend auf die Erfahrungen aus dem Krankenhausneubau und der seit 2002 aufgetretenen Gutachterfirmen sowie deren Zahlenwerken könne er dem daher nicht folgen. Aufgrund der schlechten finanziellen Lage des Kreises und weil hieran ausgerichtet die Variante 0 nicht weiter verfolgt werde, könne er momentan nicht leichtfertig der Planung für ein Projekt, das mindestens 130 Mio. Euro koste, zustimmen. Allenfalls, wenn der Beschlussvorschlag Ziff. 2 modifiziert werde und die verbindliche Planung dadurch ersetzt werde, dass ein Neubau realisiert werden könne, wenn es die Haushaltslage irgendwann erlaube.

Geschäftsführer Braune antwortet, er habe Verständnis aufgrund der Erfahrungen aus der Vergangenheit, aber für langfristige Entwicklungen seien Entscheidungsgrundlagen erforderlich. Aus Sicht der Kreisbaugruppe seien die Ansätze von Drees und Sommer sehr konservative Schätzungen, auch wenn man nicht wisse, wie sich die Baukosten langfristig entwickeln würden. Der Reiz an Variante 4 sei, dass „auf Sicht gefahren werde“ und nicht sofort eine verbindliche Entscheidung getroffen werde, was beim Klinikareal der Fall gewesen sei. Bei einer schrittweisen Umsetzung bestünden hingegen alle Optionen. Das Postareal habe vor allem den Vorteil, dass es drittverwendungsfähig sei, sodass dieses aufgrund seiner günstigen Lage auch an Andere vermietet werden könne. Der Beschlussvorschlag bedeute auch keinen Baubeschluss, sondern eine verbindliche Beauftragung, um die Planungen und Konzepte angehen zu können.

Landrat Dr. Sigel weist darauf hin, dass die Aufnahme des Begriffs „verbindlich“ in den Beschlussvorschlag im Konsens und auf Wunsch des VSKA gewesen sei, um ein Signal gegenüber der Stadt Waiblingen abzugeben, dass man in die Planung einsteigen wolle.

Kreisrat Dr. Ketterer bittet um Auskunft, ob bei einer späteren Realisierung der Kostenverlauf für die Varianten 3 und 4 gleich bleiben würden.

Geschäftsführer Braune bestätigt, dass die Relation dann auch gleich bleibe.

Kreisrat Hestler vertritt die Ansicht, dass bei einer späteren Fertigstellung z.B. erst im Jahr 2035, bis dahin Kosten für andere Mietobjekte anfallen würden und die Variante 4 teurer würde.

Landrat Dr. Sigel betont, Ziel sei es, die Neubauten bis 2025 zu realisieren, um Mietkosten einzusparen. Die Variante 4 biete den Vorteil, dass auch Modelle gewählt werden könnten bei denen sich die Kreisunternehmen einbringen könnten und aufgrund neuer technischer Möglichkeiten evtl. weniger Platz gebraucht werde. Er antwortet auf Frage von Kreisrat Heide, die aktuellen Mietzahlungen am Standort Waiblingen, würden momentan rd. 2 Mio. Euro jährlich betragen.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag einvernehmlich:

1. Von der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zu den drei Varianten einer Gesamtimmobilienkonzeption für den Standort Waiblingen wird Kenntnis genommen.

Der Kreistag beschließt bei 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen:

2. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, die Variante 4 (Postareal-Lösung) gemeinsam mit der Kreisbaugruppe verbindlich weiter zu verfolgen und einen konkreten Umsetzungsplan zu erarbeiten.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

3. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, mit der Stadt Waiblingen und der Kreisbaugruppe die Voraussetzungen für eine Wohnbebauung auf dem ehemaligen Klinikareal in Waiblingen zu schaffen.

Auszüge:

- 1 Dezernat 1
- 1 Amt für Beteiligungen und Immobilien
- 1 Kreisbaugruppe



**§ 3**

a) Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2016

Drucksache 2016-89-VSKA26.09.

b) Freiwilligkeitsleistungen für die Flüchtlingsunterbringung: Außerplanmäßige Aufwendung für Mobilität

Drucksache 2016-90-VSKA26.09.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksachen.

Kreiskämmerer Geißler erläutert die Drucksachen zusammenfassend.

Der Kreistag beschließt bei 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen:

Den in der Drucksache 2016-89-VSKA26.09. unter Abschnitt VI a) – i) aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen wird zugestimmt.

Der Kreistag beschließt bei 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen:

- a. Die in der Drucksache 2016-90-VSKA26.09. aufgeführten Gemeinschaftsunterkünfte werden mittels vom Landkreis finanzierten Mobilitätskonzepten an die notwendigen Einrichtungen zur Förderung von Integration und Teilhabe, zur gesundheitlichen Versorgung und zur Unterrichtung in deutscher Sprache angebunden.  
Die dafür bisher im Jahr 2016 entstandenen außerplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von insgesamt 121.000 € werden genehmigt.
- b. Die bis Ende 2016 benötigten außerplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von zusätzlichen 85.000 € werden genehmigt.

Auszüge:

2 Amt für Finanzen

1 Dezernat 2

1 Amt für besondere Hilfen und Flüchtlinge



**§ 4**

Verschiedenes

Landrat Dr. Sigel beglückwünscht Bürgermeister Kaufmann für die Verleihung des Deutschen Verkehrsplanungspreises an die Gemeinde Rudersberg.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Thomas Hasert